

DIE LINKE.

im Erzgebirgskreis

SOZIALISTISCHES INFO-BLATT

März 2022

Nummer 168

Give peace a chance



Am 27. Februar fand auf dem Stollberger Markt eine Friedenskundgebung, angemeldet durch den Ortsverband Stollberg & Umgebung, statt. Über 170 Menschen sind unserem Aufruf ein Zeichen für den Frieden in der Ukraine (und auch überall auf der Welt) zu setzen, gefolgt. Darunter waren von Senior:innen über Familien mit Kindern und Jugendlichen, alle Altersklassen vertreten. Über diese große Anteilnahme haben wir uns sehr gefreut! Gesprochen haben unsere Ortsvorsitzenden Karoline Loth und Mirko Hohenhausen sowie auch unser Kreisvorsitzender Rico Gebhardt.

Ein Auszug aus der Rede von Mirko: „Nach wochenlangem Säbelrasseln und Muskelspielen ist nun mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine eine neue Stufe der Eskalation erreicht. Dies ist durch nichts zu rechtfertigen, wir verurteilen das aufs Schärfste. Schon im Vorfeld wurde durch die einseitige Anerkennung der Gebiete Donezk und Luhansk als Volksrepubliken sowie der Aberkennung der Existenzberechtigung der ganzen Ukraine durch den russischen Präsidenten die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine verletzt. Jetzt also dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg. Es ist die gefährlichste Situation für den Frieden in Europa seit Jahrzehnten, auch wenn man die weiteren Drohungen Putins so hört.“

Es darf aber auch nicht übersehen werden, dass auch der „Westen“ seinen Anteil am Entstehen dieses Konfliktes hat. Entgegen Absprachen im Vorfeld der 2+4-Verhandlungen dehnt die NATO ihren Einflussbereich seit 1999 immer weiter nach Osten aus, ohne die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands zu berücksichtigen.

Für die Bundestagsfraktion DIE LINKE ist die NATO ein Anachronismus. Die LINKE will die NATO auflösen und durch ein gesamteuropäisches kollektives Sicherheitssystem ersetzen, um auf diese Weise die Grundlagen für gemeinsame Sicherheit und somit für einen nachhaltigen Frieden in Europa zu schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist der Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO, denn schon jetzt wird durch diese auf dem Boden der Bundesrepublik bundesdeutsches Recht gebrochen – allen voran durch die Ermöglichung von völkerrechtswidrigen Drohnenmorden, die die USA über eine Relaisstation auf dem US-Stützpunkt in Ramstein durchführen.

Im Osten der Ukraine tobt seit acht Jahren ein Bürgerkrieg, der schon Tausende Opfer gekostet hat. Beiden Seiten werden Übergriffe auf die Zivilbevölkerung vorgeworfen. Hier ist zu sehen, was ungezügelter Nationalismus anrichtet. Dennoch sei nochmals ausdrücklich betont, dass das keine Rechtfertigung für einen Angriffskrieg sein darf. Der Krieg in der Ukraine hat eine Fluchtbewegung in Gang gesetzt. Viele Frauen, Kinder und Alte kommen an den Grenzen zu den Nachbarstaaten an. Diese dürfen bei der Aufnahme der Geflüchteten nicht allein gelassen werden. Inzwischen sind leise Töne der Verhandlungsbereitschaft von beiden Seiten zu hören. Das macht Hoffnung. Zunächst muss aber Russland die Kampfhandlungen sofort einstellen und seine Truppen zurückziehen. Alle Beteiligten müssen zurück an den Verhandlungstisch, um die Eskalationsspirale diplomatisch zu durchbrechen. Auch die



Bundesregierung muss alles Mögliche dafür tun. Die langfristige Perspektive sollte eine neue europäische Sicherheits- und Friedensordnung sein. Eine solche ist aber nur mit, niemals gegen Russland denkbar. Give peace a chance!“

Natürlich hat Karoline auch klar gemacht, wofür unsere Fraktion im Deutschen Bundestag grundsätzlich eintritt:

„DIE LINKE steht für eine friedliche Außenpolitik. Konflikte um Einfluss, Bodenschätze und Absatzmärkte nehmen in der Welt zu. Die Bundesregierung will weiter aufrüsten. „Abschreckung“ führt aber nicht zu Frieden und Sicherheit, sondern zu einer Welt des Schreckens: Krieg, Elend und Flucht. DIE LINKE will den Nachschub unterbrechen: Denn jede Waffe findet ihren Krieg. Wir wollen Waffenexporte verbieten. Die Bundesregierung hat die Ausgaben für Rüstung in den vergangenen Jahren andauernd erhöht. Dieses Geld fehlt für Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr. Stand heute [27.02.] will die Bundesregierung 100 Milliarden Euro zusätzlich in die Bundeswehr investieren. Militarisierung und Aufrüstung können nie die Lösung sein! DIE LINKE setzt auf Entspannungspolitik, auf gerechte Weltwirtschaftsstrukturen und zivile Konfliktlösungen.

Deshalb fordern wir:

- Rüstungsexporte verbieten
- Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückziehen
- Fluchtursachen bekämpfen - nicht Geflüchtete
- Abrüsten! Keine Erhöhung des Militäretats
- Soziale Gerechtigkeit weltweit – solidarische Zusammenarbeit und internationale Rechte stärken“



Neben der tollen musikalischen Begleitung von Friedenssänger & Solokünstler Uwe (Rollsplitt), gedachten wir zum Ende der Versammlung den vielen Menschen die nun im Krieg leben und den Hunderten die bereits drei Tage nach Kriegsbeginn gefallen sind. All we are saying is give peace a chance!



Was steht an im Ortsverband Stollberg & Umgebung?

Liebe Genoss:innen, liebe Kommunalpolitiker:innen, liebe Sympathisant:innen,

es ist schon eine Weile her, dass ihr von uns gehört habt. In dieser Zeit hoffen wir, dass ihr alle gesund und munter geblieben seid und euch so wie wir auf die kommende Zeit freut, in der die Pandemie eine hoffentlich immer kleiner werdende Rolle in unser aller Leben spielen wird.

Euer Ortsvorstand hat die Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen und eine Jahresplanung vorgenommen. Heute erhaltet ihr den ersten Teil unserer Vorhaben bis zu den Landrats- und Bürgermeisterwahlen:

Im März wird es über die Landtagsfraktion eine Großflächen-Aktion zum internationalen Frauentag geben, auch in unserem Ortsverband werden einige Flächen beklebt sein. Ende März säen wir, wie im vergangenen Jahr, unsere Harzfeuer-Tomaten aus, um an unseren Wahlkampf-Infoständen im April und Mai wieder kleine Tomatenpflanzen verteilen zu können, um damit auch auf unsere Kritik an HartzIV aufmerksam zu machen.

Im April sind wir voraussichtlich wie folgt unterwegs:

22.04.2022, 6-8 Uhr, Pendler:innen-Infostand am Stollberger Bahnhof mit unserem Landratskandidaten Holger Zimmer

28.04.2022, 9-

11 Uhr, Wochenmarkt in Burkhardtsdorf mit Holger Zimmer

29.04.2022, 9-11 Uhr, Wochenmarkt in Thalheim mit Holger Zimmer

Am 01. Mai lädt der DGB wieder nach Annaberg auf den Markt ein, deshalb verzichten wir auf eine eigene Veranstaltung und würden uns freuen, wenn wir dem Aufruf des DGB nach Annaberg gemeinsam folgen. Für den 08. Mai stecken wir aktuell noch in der Planung inwieweit wir etwas auf die Beine stellen werden - Ideen sind herzlich willkommen! Unsere Infostände im Mai:

13.05.2022, 9-11 Uhr, Wochenmarkt in Oelsnitz mit Holger Zimmer

23.05.2022, 9-11 Uhr, Palettipark in Lugau mit Thomas Weikert (unserem Bürgermeisterkandidaten) und Holger Zimmer

Am 12.06.2022 finden die Landrats- und Bürgermeisterwahlen statt. Natürlich hoffen wir fest, dass Thomas sein Amt in Lugau erfolgreich verteidigen wird und unser Landratskandidat Holger Zimmer den amtierenden CDU-Landrat beerbt. Dieser Wahlkampf wird uns wieder einiges abverlangen, weshalb wir sehr dankbar wären, wenn ihr uns dabei unterstützt - sei es in der Betreuung von Infoständen, beim Verteilen von Material oder im Bereich der sozialen Medien. Meldet euch gerne bei uns!

Ausblick & Aufruf: Am 01. September 2022 findet wie immer unsere Friedenskundgebung im Seminarpark in Stollberg statt. Anschließend

werden wir eine Mitgliederversammlung durchführen, bei der wir den Ortsvorstand regulär neu wählen müssen. Ihr habt Interesse im Vorstand mitzuwirken? Dann meldet euch doch gern bei uns!

Natürlich stehen in diesem Jahr noch weitere Aktivitäten an, über die wir euch regelmäßig informieren werden.

Solidarisch Grüße und bleibt gesund.
Euer Ortsvorstand

Energiekrise ist zu der wichtigsten sozialen Frage geworden.

Von MdL Rico Gebhardt

Wir spüren es alle. An der Tankstelle. Beim Lesen der Zeitungen. Bei Berichten im Radio und Fernsehen, wo über die Explosion der Energiepreise geschrieben oder gesprochen wird.

Diese Preissteigerungen – egal aus welchem Grund die Preise so extrem angestiegen sind – sind zur wichtigsten sozialen Frage unserer Zeit geworden.

Hohe Preise verschärfen Armut – das gilt für Rentnerinnen und Rentner genauso wie für kinderreiche Familien oder für Alleinerziehende, die in einem schlecht bezahlten Job arbeiten. Die Preisspirale gefährdet alle, die für niedrige Löhne schufteten oder schufteten mussten und nun unter Altersarmut leiden oder aus anderen Gründen jeden Euro zweimal umdrehen müssen.



Es trifft also bestimmte Bevölkerungsschichten überproportional stark, gerade auch in Sachsen und bei uns im Erzgebirge. Hierzulande arbeitet ein Drittel der Beschäftigten nur für einen Mindestlohn. Leidtragende sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen, die keine Alternativen haben, weil sie beispielsweise mit Gas heizen müssen oder gezwungen sind, mit dem Auto zur Arbeit zu pendeln, weil der ÖPNV nicht gut genug ausgebaut ist. Für sie braucht es sowohl kurzfristige Hilfe als auch dauerhafte Lösungen.

Es kann und darf nicht sein, dass Leute vierzig Stunden pro Woche und mehr ackern und dennoch nicht wissen, wie sie ihre Familie ernähren, ihre Wohnung heizen und

ihr Auto volltanken sollen. Unsere Gesellschaft gerät in eine bedrohliche Schiefelage, Armut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Wir setzen uns dafür ein, die Menschen im Niedriglohnland Sachsen zu entlasten, und das sofort. Eine erste wichtige Sofortmaßnahme, für die wir im Landtag eintreten, ist die Senkung der Mehrwertsteuer auf Heiz- und Kraftstoffe auf sieben Prozent. Die Mehrwertsteuer hat als Endverbrauchersteuer keine gezielte Wirkung für den Klimaschutz, außerdem hat der Staat mit dem bisherigen Steuersatz stark von den steigenden Preisen profitiert. Heizen und Tanken müssen bezahlbar bleiben!

Wir haben im Landtag einen Antrag vorgelegt, indem wir eine Einmalzahlung von 200 Euro an alle Menschen, die unter der Armutrisikoschwelle liegen, fordern. Für Menschen im Grundsicherungsbezug müssen die tatsächlichen Energiekosten übernommen werden. Wohngeld soll auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt werden, also auch Warmwasser und Heizkosten umfassen. Der CO₂-Preis für das Heizen muss vollständig von den Vermietern gezahlt werden.

Wir fordern ferner ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperren – das käme besonders schutzbedürftigen Personengruppen wie Familien mit Kindern, chronisch Kranken, Menschen mit Behinderung, Seniorinnen und Senioren sowie pflegebedürftigen Menschen zugute.

Alle Energieversorgungsunternehmen sollen eine Stromtarifstruktur anbieten müssen, die sozial gerecht ist und ökologische Anreize bietet. Wir fordern ein festes Freikontingent an Strom und Gas, das an der jeweiligen Haushaltsgröße orientiert ist.

Energieversorgung muss dem Gemeinwohl dienen und der Profitgewinnung entzogen werden. Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden. Wir stehen für eine Klimadividende, die den Bürgerinnen und Bürgern direkt ausgezahlt wird. DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende, zum Beispiel Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer. Die für die Inflation mitverantwortliche CO₂-Steuer darf nicht noch weiter angehoben werden und gehört bestmöglich abgeschafft. Sie ist weder wirksam noch sozial.

Wir haben unsere Forderungen als LINKE unter www.energiepreis-runter.de zusammengefasst.

Presseerklärung zum Bildungsticket (14.02.22)

Am 11.02. wurde in der Freien Presse über eine Beratung der Fraktionsspitzen des Kreistages Erzgebirge und Landrat Vogel berichtet.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE fehlt in der Aufzählung, wir waren aber vertreten.

Basis der Freien Presse-Veröffentlichung ist eine gemeinsame Presseerklärung, welche wir als Linke-Fraktion nicht mitgezeichnet haben. Wir unterschreiben keine Erklärung gemeinsam mit der AfD.

Am 14.02.22 fand unsere Fraktionssitzung statt, in der wir uns zu unserer inhaltlichen Positionierung bezüglich Einführung des Bildungstickets verständigt haben.

Am 26.01.22 hatten wir Landrat Vogel angefragt, ob zumindest für die Grundschüler:innen eine Abfederung des Preises bei Einführung des Bildungstickets möglich ist. In der Antwort wurde dem widersprochen.

Des Weiterenschlugen wir als Fraktion einen Sonderkreistag vor, um Landrat Vogel ein Votum des Kreistages für sein Abstimmungsverhalten in der Gesellschafterversammlung des ZVMS zu geben.

Mit der Pressemitteilung vom 11.02.22 ist das nicht mehr erreichbar.

The infographic is split into two vertical panels: green on the left and red on the right. The left panel features a white box with the text 'Schülerverbundkarte' and 'Preis bis Grundschule: 15€' and 'Ab Klasse 5: 112,50€ für 10 Monate'. The right panel features a white box with the text 'Bildungsticket' and 'Preis: 180€ für 12 Monate'. A central white box with a red border contains the text 'Preisunterschied: gravierend'. Below this, another white box with a red border says 'Bildungsticket soll Schülerverbundkarte ersetzen.' At the bottom, a white box with a red border says 'Deshalb fordern wir Nachbesserungen!'. The DIE LINKE logo is at the bottom right, with the text 'Fraktion im Kreistag Erzgebirgskreis'. Small vertical text on the left edge reads 'Bild: Foto von Wikimedia, CC BY-SA 4.0, Titelseite: Inders Erregt'.

Wir Linke sind grundsätzlich für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Das dafür schrittweise vorgegangen werden muss, steht außer Frage. Das jetzt eingeführte sächsische Bildungsticket ist ein ganz kleiner Schritt dorthin, aber es berücksichtigt nicht ausreichend:

- die Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum (genereller Jahrespreis 180,00€)
- die Nutzungsmöglichkeiten von Grundschüler:innen (sicherer Fußweg und keine Betreuung im Bus)
- es belastet zusätzlich Familien mit mehreren Schulpflichtigen.

Die Einführung des Bildungstickets erweitert die Nutzungsmöglichkeiten, z.B. in den Ferien und am Wochenende sowie für das gesamte Verbandsgebiet. Notwendig, um das Bildungsticket für die Schüler:innen und Eltern attraktiv zu machen ist ein gut ausgebauter Öffentlicher Nahverkehr bis in jeden Ortsteil und auch an den Wochenenden.

Die Einführung des sächsischen Bildungstickets ist nur scheinbar eine freiwillige Entscheidung der Gebietskörperschaften. Letztlich wird ab 2024 nur noch das Bildungsticket durch den Freistaat bezuschusst.

Eine Akzeptanz des Bildungstickets kann nur mit preislichen Nachbesserungen (also u.a. weg von dem pauschalen Jahrespreis von 180 €) erzielt werden.

Mal wieder Zugfahren !!!

Nun ist die Aufregung vorbei. Jede halbe Stunde fährt die Erzgebirgsbahn durchs Zwönitztal und stündlich bis nach Aue.

Als vor weit mehr als 20 Jahren das Chemnitzer Modell im damaligen Kreistag Stollberg vorgestellt wurde, konnte wohl Niemand ahnen, welches Erfolgsmodell angeschoben wurde. Die City-Bahn von Stollberg bis Chemnitz-Hauptbahnhof fand schnell bei der Bevölkerung Zuspruch. Das gleiche Modell von Chemnitz bis Aue wäre um ein Haar gescheitert, denn es war erst nur bis Thalheim konzipiert. Mannigfaltiger Protest führte zum Einlenken, eben

bis nach Aue. Während der Bauphase mussten unterschiedliche Hürden genommen werden, die zögerliche Bereitstellung von Finanzmitteln durch die Bundesregierung war da wohl einer der kompliziertesten Vorgänge. Zugfahren zur Arbeit, zur Ausbildung, zum Verreisen oder Einkaufen, vielfältig sind die Erinnerungen, und über Vieles wurde die letzte Zeit gerade hier im Zwönitztal erzählt. Weder gibt es noch die alten nikotinverrauchten Bahnhofshallen, die urigen Kneipen oder die Fahrkarten- und Frachtschalter. Jede/r hat bestimmt seine eigenen Geschichten. Vielleicht sind es gerade diese Geschichten, die dazu inspirieren wieder in den Zug zu steigen und das Auto zu „schonen“.

Das Chemnitzer Modell ist für die Stadt und ihr Umland eine positive Entscheidung hin zu einer guten Mobilität ohne Auto. Die Vertaktung mit Buslinien kommt positiv noch hinzu.



Natürlich bedarf es auch einer Umstellung von liebgewonnenen Gewohnheiten, der Zug fährt eben zu einer bestimmten Zeit und man muss auch erst zur Haltestelle laufen. Aus ökologischer Sicht ist jeder nicht gefahrene PKW-Kilometer ein nützlicher Kilometer.

Bestimmt gibt es auch an der Strecke nach Aue noch manche Mängelstelle und die Euphorie der Starttage wird durch den Alltag abflauen. Wichtig bleibt, dass es im Konsens vieler möglich ist, eine sinnvolle Personenbeförderung zu gestalten.

Übrigens wurden einst auch Güter transportiert und man sollte die Hoffnung nie aufgeben.

Barbara Drechsel

Eine unsägliche Wortwahl

Auf der Seite acht der Februarausgabe unserer Zeitung steht ein Artikel mit der Überschrift:

Zschopau Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Zschopau

Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass in einem sozialistischen Info-Blatt diese antikommunistische und antidemokratische Bezeichnung „Nationalsozialismus“ Verwendung findet.

Diese Bezeichnung ist eine nationalistisch, chauvinistisch gebrauchte Bezeichnung die Hitler für den Parteinamen seiner faschistischen NSDAP bewusst verwendete. Er tat dies um seiner faschistischen Haltung Ausdruck zu verleihen und setzte dafür diese Worte sozialistisch und Arbeiterpartei in den Parteinamen seiner faschistischen Partei. Erstens weil diese faschistische Bewegung einen totalitären Kampf gegen Bolschewismus und Kommunismus zu führen gewillt war und zweitens sollten diese Worte den Zulauf der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Führung von Ernst Thälmann stoppen, die Arbeiterklasse blenden und seiner Partei zuführen, das war so für ihn wichtig bis zur Machtübernahme. Wir müssen uns schließlich deshalb nicht gleichfalls dieses Wortes bedienen.

Die heutigen Politiker und neoliberalen Medien verwenden grundsätzlich auch diese Bezeichnung „Nationalsozialismus“ und bringen damit bis in die Gegenwart ihre antisozialistische und antikommunistische Haltung offen zum Ausdruck. Ich finde es deshalb schamlos diese Bezeichnung in einer sozialistischen Monatsschrift nicht nur öffentlich sondern überhaupt in unserem Sprachgebrauch zu verwenden.

Klaus Glaser

08340 Schwarzenberg



Die Lizenz zum Angriff

Was gibt Russlands Präsident Putin die Macht, skrupellos einen souveränen Nachbarstaat zu überfallen und zu knechten?

Was treibt Putin? Er überfällt ein slawisches Brudervolk, demütigt es, mordet, er verletzt Völkerrecht, droht anderen Nationen, die sich ihm in den Weg stellen, mit Atomschlägen. Trotz gigantischer Truppenkonzentrationen an den Grenzen zur Ukraine hat er monatelang versichert, Verhandlungslösungen für mehr Sicherheit in Europa suchen zu wollen. Doch während Menschen in aller Welt darauf hofften, dass die geplante Begegnung zwischen den Außenministern Antony Blinken (USA) und Sergej Lawrow (Russland) eine solide Vorbereitung für ein erneutes Treffen zwischen den Staatschefs Joe Biden und Wladimir Putin sein könnte, begann Moskau seine »besondere Militäroperation«. Eiskalt, hart, mit allem, was die russische Kriegsmaschine an Mordwerkzeugen hat.

Dass Putins Auslandsgeheimdienst SWR und die Militärschpione der GRU bei der Zielaufklärung leichtes Spiel hatten, ist zu vermuten. Viele Details werden erst noch ans Licht kommen. Es gibt eine Flut von Wort- und Bildberichten über Artillerie- und Raketenangriffe, zu sehen sind die von Putin angekündigten Attacken gegen Kommandopunkte der ukrainischen Streitkräfte, auf Flugplätze und Hafenanlagen. Schon am Donnerstag jedoch wurden die chirurgisch-präzisen Schläge, mit denen vor allem das militärische Rückgrat der Verteidiger gebrochen werden sollte, abgelöst von extrem blutigen Scharmützeln.

Latenten Krieg mit Zehntausenden Opfern gibt es in der Ostukraine seit 2014. Wieso glaubt Putin, seine großrussischen Träume, von denen keiner weiß, wie weit sie gehen, jetzt im Frühjahr 2022 durchsetzen zu können?

Unter anderem, weil die russische Armee kaum noch Ähnlichkeit mit den aufgelösten Formationen hat, die sich nach dem Fall der Berliner Mauer aus verschiedenen ehemaligen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages zurückziehen mussten. Auch die psychologische Wirkung der in Afghanistan eingestanden Niederlage ist überwunden. Verfloren ist der Ekel wider die rüden Einsätze in den beiden Tschetschenien-Kriegen.

2008 begann Russland mit einer umfassenden Militärreform. Und die geht immer noch weiter. Der Umfang der Streitkräfte schrumpfte von 1,13 Millionen auf rund eine Million Soldatinnen und Soldaten. Die Reservisten reduzierten sich von 20 Millionen auf lediglich 700 000. Klasse vor Masse. Man schaffte die schwerfälligen, für einen langen Frontverlauf vorgesehenen Divisionen ab. An ihre Stelle traten kleinere, schnell verlegbare Brigaden. Die Streitkräfte einschließlich Führung sind organisatorisch in der Lage, sehr rasch den Wandel von einer Mobilisierungs- zur Einsatzarmee zu vollziehen.

Auch wurde die Truppe stets »in Übung« gehalten. Auf Basis neuer Militärdoktrin gab es mindestens zweimal pro Jahr große Übungen. Entdeckte Schwachstellen merzte man aus. Seit Anfang der 1990er Jahre sind russische Soldaten in Moldawien präsent. Man zeigte Macht in Tadschikistan. Einer der gewalttätigsten und langwierigsten Konflikte auf

dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, der Kampf von Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach, rief russische Truppen mehrfach auf den Plan. Bis 2003 sammelten russische Truppen als Teil der Sfor in Bosnien und Herzegowina Erfahrungen, zwischen 1999 und 2003 standen sie in Kosovo. Als Abchasiens und Südossetiens Unabhängigkeitswunsch von Georgien gestoppt wurde, traten russische Soldaten auf den Plan. 2008 kämpfte die 58. Russische Armee im sogenannten »Fünf-Tage-Krieg« die georgischen Truppen nieder. Jüngst gelang der Kasachstan-Einsatz perfekt.

Neben organisatorischen und personellen Veränderungen besteht ein Kernelement der Militärreform darin, Ausrüstung und Bewaffnung zu verbessern. 2008 genügten gerade einmal zehn Prozent der Waffensysteme modernen Standards. Neue Panzerfahrzeuge und Artilleriesysteme, moderne Über- und Unterwasserschiffe, Kampffjets und Drohnen wurden in die Truppe eingeführt. Inzwischen bestimmen Iskander-, Kalibr-, Zirkon- oder Kh-101-Flugkörper zum Teil mit Hyperschallgeschwindigkeit das Niveau der internationalen Raketentechnik. Viele westliche Experten sprachen von Potemkin'schen Dörfern, als Russlands Präsident in jüngster Zeit öffentlich die Großtaten seiner Rüstungsindustrie zelebrierte. Übungsvideos, aber vor allem die jahrelangen Waffentests aller Art in den syrischen Kriegsgebieten zeigten, wie sehr sich die »Ungläubigen« irrten. Moskaus Heerführer erprobten nicht nur Waffen und Gerät im »scharfen Schuss«. Sie studierten die westliche Technik und Taktik, vervollkommneten ihre eigenen Führungsfähigkeiten. Das Resultat demonstrieren die russischen Streitkräfte in der Ukraine mit ihrer totalen Überlegenheit – zu Lande, in der Luft, in kosmischen Umlaufbahnen wie auf dem Meer und im sogenannten Cyberraum. Die Gelegenheit zu solch einer Entwicklung basiert auch auf der Arroganz westlicher Politiker. Vor allem die USA kündigten einen Rüstungs- und Verifikationsvertrag nach dem anderen.....

Weiterlesen auf unserer Internetseite

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge
 Vi.S.d.P.: Wolfram Dittmann
 Spenden für DIE LINKE.Erzgebirge oder für die Zeitung
 "DIE LINKE im Erzgebirgskreis"
 (Spendenempfehlung 10 Euro Jahresbeitrag)
 Konto: DIE LINKE, Erzgebirge
 IBAN: DE 56 870 54 000 33 29 000 456
 Sitz des Kreisvorstandes:
 Wettinerstraße 2 in 08280 Aue
 Tel: 03771 / 2 22 19
 Internet: www.dielinke-erzgebirge.de
 Meinungen und Post an uns unter
redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de
 Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der
 Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe
 und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
 Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist der
 24. März 2022

Frieden schaffen!

DIE LINKE steht für eine friedliche Außenpolitik. Konflikte um Einfluss, Bodenschätze und Absatzmärkte nehmen in der Welt zu. Die Bundesregierung will weiter aufrüsten. „Abschreckung“ führt aber nicht zu Frieden und Sicherheit, sondern zu einer Welt des Schreckens: Krieg, Elend und Flucht. DIE LINKE will den Nachschub unterbrechen: Jede Waffe findet ihren Krieg. Wir wollen Waffenexporte verbieten. Die Bundesregierung hat die Ausgaben für Rüstung in den vergangenen Jahren andauernd erhöht.

Dieses Geld fehlt für Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr. DIE LINKE setzt auf Entspannungspolitik, auf gerechte Weltwirtschaftsstrukturen und zivile Konfliktlösungen.



Waffenexporte verbieten

Nur drei Länder weltweit exportieren mehr Waffen als Deutschland. Selbst in Kriegführende Staaten wurden Waffen aus Deutschland geliefert. Dabei sind Klein- und Leichtwaffen sind für die meisten Todesopfer verantwortlich. ..und Abrüsten!

Die Bundesregierung steuert weiter auf das Ziel der NATO zu, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben. Wir setzen auf Abrüstung, Demokratie und friedliche Außenpolitik, die Ausgaben für Rüstung müssen sinken. Wir rufen dazu auf, im kommenden Jahr in allen Staaten weltweit die Militär-Ausgaben um 10 Prozent zu senken.

Keine Atomwaffen: Der Atomwaffenverbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten – aber die Bundesregierung hat ihn nicht unterzeichnet. Die Bundesregierung plant die Anschaffung von 138 (!) neuen Kampfflugzeugen als Trägersystemen. DIE LINKE streitet dafür, dass keine Atomwaffen in Deutschland stationiert sind. Die US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden!



So war freie Bahn für Russlands Militärindustrie geschaffen, die über gewaltige finanzielle Mittel verfügt, weil sie in Großserien produziertes Gerät gegen harte Dollars weltweit exportiert.

Am vergangenen Wochenende hat Putin im Beisein seines »Kumpels« Alexander Lukaschenko, dem alliierten Machthaber von Belarus, eine Übung der russischen strategischen Abschreckungskräfte befehligt. Die sind atomar bestückt und haben – auf Putins Geheiß – die Lizenz, Leben an jedem beliebigen Punkt der Erde auszulöschen. Mit der zu erwartenden Vergeltung durch westliche Atommächte gäbe es auf der Erde kein Klima mehr, das zu retten wäre. Die Vorführung dieser teuflischen Macht erfolgte nicht zufällig vor dem Angriff auf die Ukraine. Putin setzte damit etwaigen Nato-Überlegungen über einen größeren militärischen Beistand für die Ukraine einen rationalen Endpunkt.

Es gibt weitere Gründe, weshalb Russland – ähnlich wie der Lehrmeister USA beispielsweise im Irak – so ungeniert Völkerrecht verletzen, Regierungen auswechseln und global neue Einflusssphären aufbauen kann. So wird diese rüde Methode zur Durchsetzung von Interessen durch keine multinationale Organisation gehemmt. Stoppzeichen der Uno überwindet Moskau mühelos per Veto im Sicherheitsrat. Die OSZE? Eine zahnlose Behörde, die Waffenstillstandsverletzungen zählt. Wie sich nach dem Abschuss von Flug MH17 im Jahr 2014 über der Ostukraine zeigte, schert sich Moskau auch nicht um internationale Rechtspflege.

Unter Putin wurde auch die innere Opposition reduziert und die Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen mit Partnern im Westen gekappt. Moskaus »Cäsar« verfügt über ein Informationsmonopol, das dank der einst gemeinsamen russischen Sprache auch in andere Staaten der Ex-UdSSR wirkt.

In der Ukraine – ohne die von Russland bereits okkupierte Halbinsel Krim – leben rund 42 Millionen Menschen. Über 17 Prozent gelten als Russen. Beim Zerfall der Sowjetunion hat sie, wie auch Hunderttausende Menschen in anderen ehemaligen Regionen der UdSSR, niemand gefragt, ob sie Bürger der Ukraine sein wollen, die in die Nato und die EU strebt. Jene, die sich dem widersetzen, sind – siehe Ostukraine – Putins »Leute«. Es wird demnächst im Rest des Landes nicht an Claqueuren und Kollaborateuren mangeln.

Die Geschichte Russlands spielt eine große Rolle bei der ideologischen Aufrüstung der Bevölkerung. In seinen jüngsten Reden wider die Ukraine und den Westen hat sich Putin reichlich bedient im Setzkasten historischer Parolen. Das Problem: Viele Darstellungen entsprechen der Wahrheit, andere sind an den Haaren herbeigezogen. Propagandistisch geschickt nutzt die Regierung in Moskau vor allem Erinnerungen an den schrecklichen faschistischen Überfall auf die Sowjetunion 1941. Putin inszeniert sich als Bewahrer des großen Sieges über die Okkupanten. Auch jetzt, da er das »faschistische« Regime in Kiew bekämpft, das angeblich auf den Schultern des ukrainischen Nationalisten und Nazikollaborateurs Stepan Bandera steht. Es stimmt, es gibt rechtsextremistische Formationen in den Reihen der ukrainischen Verteidiger. Die Regierung hat das Freiwilligen-Regiment »Asow« und andere Rechtsextreme, die in deutschen Medien als Ausbilder ukrainischer Hausfrauen und Rentner dargestellt werden, in die dem Innenministerium unterstehende Nationalgarde eingegliedert. Doch das rechtfertigt keineswegs die generelle Beurteilung der Ukraine als faschistisch.

Lügen sind stets Treibstoff für zwischenstaatliche Gewalt. Und sie sind Teil der hybriden Kriegsführung. Die Regierung in Moskau versteht sich auf dieses »Spiel« vortrefflich. Fragt sich noch, was Putin hoffen lässt, dass seine Hightech-Wirtschaft und die russische Oberschicht die nun vom Westen verordneten scharfen Sanktionen überstehen? Der Despot setzt vermutlich auf Pekings Hilfe. Und auf ein ungeschriebenes Abkommen, das er mit wichtigen Oligarchen schloss: Er stört ihre finanziellen Räubereien nicht, wenn sie sich regimetreu verhalten und im Ausland Geld waschen – für »Mütterchen Russland«.

René Heilig

Bundesausgabe des ND Samstag, 26. Februar 2022,